Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Umwelt
und Sicherheit

19. Oktober 2026

Sitzung des Stadtrates am 28.10.2026
Antrag des Stadtrates Dr. Jörg Erdsack (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Dokumentation doppelter Staatsangehörigenkeiten in der Polizeilichen Kriminalstatistik
Vorlagen Nummer: VIII/2025/03220
TOP: 10.10

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Zum vorliegenden Antrag wurde eine Stellungnahme des Polizeireviers Halle (Saale) eingeholt. Danach gab es ähnliche Vorschläge bereits im Jahr 2025 durch Vertreter des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Die für die PKS fachlich zuständige Kommission hat sich jedoch ablehnend positioniert. Ablehnungsgrund war die fehlende Validität der erhobenen Daten, da die Angabe einer weiteren Staatsangehörigkeit einer Person weiterhin rechtlich nicht geregelt ist und somit auf freiwilliger Basis erfolgt. Die bundeseinheitliche PKS hat im Manual die Anlieferung einer Staatsangehörigkeit pro Tatverdächtigen oder Opfer festgelegt, um dem Anspruch einer qualitätsgesicherten Kriminalstatistik unter Wahrung der Gütekriterien gerecht zu werden. Die AG Kripo hat die Erfassung weiterer Staatsangehörigkeiten in der PKS ebenfalls abgelehnt. Insgesamt hat der Vorschlag aus Sicht der Polizei nur wenig Aussicht auf Erfolg und wird daher kritisch betrachtet.

René Rebenstorf
Beigeordneter